



Noch im Sommer stand sie hier in der Neustadt: Wagenplatzgruppe Ölhafen  
Foto: Jean-Philipp Baeck

## „Stadt braucht Subkultur“

Wieder mal wurde der Wagenplatz Ölhafen von einer Fläche verwiesen. Daniel Schnier von der Zwischenzeitzentrale über die Taktik der Stadt und die fehlende Militanz der Bewohner

Interview  
Lea Schweckendiek

**taz: Herr Schnier, wieso musste die Wagenplatzgruppe Ölhafen zum fünften Mal umziehen?**

**Daniel Schnier:** Der Ölhafen sucht einen Ort mit einer vierbis fünfjährigen Wohnsicherheit. Diese Absicherung will die Stadt aber nicht gewährleisten. Sie gibt der Gruppe keine Aussicht auf eine längerfristige Daseinsberechtigung. Außerdem wünschen sich die Bewohner\*innen einen Ort in Innenstadtnähe – auch das will die Stadt nicht leisten.

**Warum lässt sich die Gruppe immer wieder vertreiben?**

Dass die Gruppe immer weiter zieht, kommt wohl auch daher, dass sie ihr Projekt nicht als Besetzung versteht. Der Ölhafen ist ein Kulturverein auf der Suche nach einem Ort für ihr Kulturprojekt – die Menschen wollen keinen Streit. Wenn Sie von einer Fläche verwiesen werden, dann gehen sie.

**Wieso fehlt der gesellschaftliche Rückhalt?**

Obwohl das Leben im beweglichen Bauwagen rechtlich geduldet werden kann, scheint es in unserer heutigen Gesellschaft immer noch nicht gern gesehen zu sein. Jedenfalls ist das bei einigen Gruppen so: Wenn sich ältere Menschen in ihrer zweiten Lebenshälfte dafür entscheiden, in der Überseestadt in schickimicki Tiny Houses zu ziehen, wäre das bestimmt für alle okay. Ist ja auch grad ein Trend. Nicht

okay ist es aber, wenn ein alternatives Wohnprojekt in der Innenstadt Raum sucht. Zumal diese Neubürger\*innen auch ein subkulturelles Angebot schaffen möchten.

**Sehen Sie das Problem in der fehlenden Militanz der Gruppe?**

Ich denke, es spricht für die Überzeugung der Menschen, wenn sie sich keiner Gewalt bedienen wollen. Und definitiv spricht es gegen die Stadt, wenn gewaltloser Protest nicht gehört wird. Es stellt sich die Frage, ob Veränderungen nur passieren, wenn man besetzt, geltendes Recht bricht und sich Repressionen aussetzt.

**Ist die Stadt überhaupt verantwortlich dafür, den Menschen Wohnraum zu organisieren?**

Es geht um viel mehr als um Wohnraum. Es geht um subkulturelle Angebote. Ich habe oft den Eindruck, der Stadt geht es vor allem darum, kritisches Leben in der Stadt zu verdrängen. Politik spricht ständig davon, dass junge Menschen in Bremen gehalten werden sollen, um Mehrwert zu generieren, aber die gesellschaftlichen Zusammenhänge werden bei dieser Logik ausgeklammert. Diversität zu fördern in einer Demokratie, heißt auch, keine Kontrolle zuzulassen. Diese Menschen haben sich entschlossen, herzukommen – und machen uns ein Angebot. Dafür werden sie nicht gerade mit offenen Armen empfangen.

**Wieso ist es für die Wagenplatzgruppe so wichtig, innenstadtnah zu stehen?**

Man möchte da sein, wo man zum Nachdenken anregt und möchte einen kritischen Kontrapunkt im Stadtteil setzen. Und außerdem will man sich auch nicht aus dem Stadtbild verdrängen lassen.

**Zuletzt musste sich Bremen in Städte-Rankings sinkende Attraktivität für junge Menschen attestieren lassen. Hat das mit den wenigen subkulturellen Räumen zu tun?**

Stadt braucht Subkultur. Wir wollen schließlich keine unkritische Masse junger Menschen hervorbringen. Deshalb hat Attraktivität natürlich mit den Angeboten zu tun. Diese engagierten Menschen haben Ideen und bereichern damit unsere Stadt. Einige der heute etablierten Kultureinrichtungen sind durch Initiativen wie dem Ölhafen oder dem Zucker-Club entstanden.

**Zum Beispiel?**

Der Schlachthof und das Lagerhaus waren in den 80ern Kulturinitiativen von Bürger\*innen, sind teilweise sogar als Besetzungen gestartet.

**Wie viel städtische Unterstützung braucht Subkultur?**

Subkultur braucht vor allem Raum – den gibt es meist von der Stadt. Und sie braucht eine Stimme in der Politik. Zwei oder drei verrückte Köpfe, die es derzeit in Politik und Verwaltung gibt, reichen nicht, um die Szene nachhaltig zu unterstützen. Zu vielen Menschen in Politik und

Verwaltung geht es nicht um die Kultur, sondern um Profit.

**Wie macht sich das für Sie bemerkbar?**

Etwas beim Zucker-Club: Da haben uns Privatinvestoren aus der Wirtschaft angerufen, die von Kaufangeboten der Stadt gehört hatten. Die haben uns geraten, uns nicht verbalern zu lassen. Die Forderungen seien viel zu hoch für so einen sanierungsbedürftigen Schrottbunker. Und dabei tun wir doch etwas für die Stadt, wenn wir Räume instand halten oder sanieren, wenn wir Flächen beleben, deren Bewirtschaftung und Erneuerung die Stadt zum Teil Millionensummen kosten würde.

**Auch das Sportamt hat ja mittlerweile einen Raum für subkulturelle Arbeit gefunden.**

Und auch hier lässt sich mal genauer sehen, in welchem Zustand die Räumlichkeiten angeboten wurden. Sieben Jahre lang stand das Gebäude leer, wurde aber trotzdem durchgehend beheizt, inklusive Hausmeister\*innen-Dienst. Bevor man der Zwischenzeitzentrale das Gebäude zur Zwischennutzung angeboten hat, wurden die Heizöltanks ausgebaut. Kaltvermietung hat da eine sehr wortwörtliche Bedeutung. Dennoch haben wir eine Gruppe zur saisonalen Zwischennutzung gefunden – ohne Heizung. Es scheint, als würde man auf Zeit spielen, die Menschen vergraulen wollen, frei nach dem Motto: Mal sehen, wie lang die es da so aushalten.

### das große-weisheiten-wetter

Entscheidend beim Abnehmen sei es, mehr Kalorien zu verbrennen als aufzunehmen. Das sagt eine Bremer Krankenkasse. Als Dankeschön gibt's diese Weisheit: Es gibt kein schlechtes Wetter, bloß falsche Kleidung. Auch bei grauen 4 bis 7 Grad

### leserInnenbriefe



taz bremen  
Pieperstr. 7  
28195 Bremen  
briefe@taz-bremen.de  
www.taz.de

Die Redaktion behält sich Abdruck und Kürzen von Leserbriefen vor. Die veröffentlichten Briefe geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

### Nicht das Gehirn an der Garderobe abgeben

„Wen erreicht das Bremer Theater?“, taz Bremen vom 28. 12. 18

Sehr geehrter Herr Rohmeyer, selbst am Theater in einer größeren Stadt arbeitend, bin ich von den dargestellten steigenden Zuschauerzahlen überzeugt. Selbst wenn man alle Tricks und Schummelleien, die mit solchen Statistiken veranstaltet werden, abzieht, sieht es für das Bremer Theater besser aus als für viele andere derselben Größenordnung. Am interessantesten finde ich Ihre Aussage, dass also manche Menschen ins Theater gehen wollen, um sich „unterhalten zu lassen“. Wenn ich mir Ihre Internetseite anschau, die mit „House of Claas“ übertitelt ist, kann ich mir schon vorstellen, dass Sie gerne unterhalten werden wollen. Schließlich lese ich daraus eine Affinität zu einer von Amazon hergestellten Unterhaltungsserie. Amerikanische Idee und Umsetzung. Das ist sicherlich zum Abschalten gedacht, geht schließlich um das Erreichen eines breiten Publikums und den damit erzielten Gewinn. Das Gehirn an der Theatergarderobe abgeben sollte man aber tunlichst nicht! Ich empfehle dringend Literatur, die Oper und Schauspiel erklären. Vielleicht probieren Sie es aus und schauen sich mal mit Bedacht in der traditionellen Kulturszene um. Auch ältere Dramen können zeitlos sein und immer noch eine „katharsis“ herbeiführen. Etwas, was ich mir bei Politikern Ihres Formats dringend wünsche. *Ikhnaton, taz.de*



Foto: Cathrin Eisenstein

**Daniel Schnier**, 41, ist Architekt, Gründer des Autonomen Architektur-Ateliers und Mitbetreiber der Zwischenzeitzentrale Bremen.

### AfD wird sich zerlegen

„Die Reihen fast geschlossen“, taz Bremen vom 21. 12. 18

Bislang hat sich noch jede rechte Gruppierung selbst zerlegt. Ob REP, DVU, NPD oder Schill-Partei, sie sind untergegangen im Sumpf von Drogen, Korruption oder Inkompetenz. Für die AfD wird es den gleichen Weg geben, spätestens wenn die scheinheiligen Empörungsbüchchen über Flüchtlings-Mimimi geschlossen werden, weil die Bürger langsam merken, dass es auch wichtige Themen gibt. *Thomas Elias, taz.de*

### weltschmerz auf der hühnerleiter



Kundgebung: 17 Uhr, zwischen Gerhard-Marcks-Haus und Kunsthalle

## Initiative fordert Condé-Gedenkort

Eine Kundgebung erinnert heute an den Brechmittel-Tod von Layé Condé in Polizeigewahrsam vor 14 Jahren

Von Teresa Wolny

Auf den Tag genau vor 14 Jahren ist der 35-jährige Layé Condé im Bremer Polizeigewahrsam gestorben. Der aus Sierra Leone stammende Condé erlag den Folgen der Zwangsvergabe von Brechmitteln. Die bereits damals heftig umstrittene Praxis der polizeilichen Beweissicherung bei mutmaßlichen Drogdelikten wurde 2006 vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte als Verstoß gegen das Folterverbot eingestuft. Heute veranstaltet die Initiative in Gedenken an Layé-Alama Condé eine Kundgebung.

Auf der Kundgebung wird auch ein Kurzfilm über das

System der Brechmittelvergabe von 1991 bis 2004 und das folgende Gedenken an die Opfer der Praxis gezeigt. Die Initiatoren\*innen stellen außerdem einen mobilen Gedenkort, der seit 2017 an diversen Orten in Bremen Station gemacht hat, für drei Monate am Gerhard-Marcks-Haus auf.

Volker Mörchen, Sprecher der Initiative, stellt klar, dass es bei dieser beweglichen Lösung jedoch nicht bleiben soll. „Eine unserer zentralen Forderungen ist nach wie vor die Errichtung eines Gedenkortes für Layé Condé und alle anderen Betroffenen in der Innenstadt“, sagt er. „Ohne einen solchen permanenten Ort fehlt das Mah-

nen für die Zukunft, dass so etwas nie wieder passieren darf.“

Ein Konzept hatte die Initiative schon 2014 vorgelegt und mit der Kulturbehörde, dem Beirat Mitte und der Bürgerschaft diskutiert. Die nötigen Schritte für eine Umsetzung erfolgen jedoch weiterhin schleppend. Die Diskussion, so Mörchen, sei im vergangenen Jahr aber einen Schritt weitergekommen, nachdem in einer Bürgerschaftsdebatte erstmals fraktionsübergreifend von einem „fatalen Fehler“ die Rede gewesen sei.

Die Initiative fordert auch die Anerkennung des Unrechts, das Hunderten Überlebenden der Brechmittelvergabe widerfahren sei. Viele von ihnen, sagt

Mörchen, lebten immer noch in Bremen, ohne je eine Entschuldigung oder gar eine Entschädigung erhalten zu haben.

An der Kundgebung beteiligt ist auch die Hamburger Initiative in Gedenken an Yaya Jabbi. Der 21-jährige Jabbi war im Februar 2016 in Untersuchungshaft in Hamburg gestorben. Grund für seine Festnahme war das Mitführen einer kleinen Menge Cannabis. „Auch er ist ein Beispiel, wie im sogenannten Krieg gegen Drogen ohne Rücksicht auf Verluste vorgegangen wird“, sagt Mörchen.